

Rieger-Ladich | Identitätspolitik

[Was bedeutet das alles?]

Markus Rieger-Ladich

Identitätspolitik

Zur Zukunft eines umstrittenen Projekts

Reclam

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist ausgeschlossen.

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14662

2025 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

info@reclam.de

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Elanders Waiblingen GmbH,

Anton-Schmidt-Straße 15, 71332 Waiblingen

Printed in Germany 2025

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014662-0

reclam.de

Inhalt

1. Verweigerter Solidarität 7
2. Halbierter Universalismus 18
3. Emanzipatorische Identitätspolitik 35
4. Strategischer Essentialismus 59
5. Rechte Identitätspolitik 84
6. Produktive Suchbewegungen 98

Anmerkungen 119

Literaturhinweise 128

Zum Autor 142

Danksagung 143

Widmung 144

»Lass mich in Ruhe mit Wunden! Als wären Wunden alles, was uns ausmacht!« Das war nicht fair, schließlich waren die Wunden damals noch roh und rot. Es war Durgas Zeit, in der wir noch immer über dieselben Wunden sprachen, als wäre Politik eine einzige große Therapiesitzung. *Das ist nicht fair*, protestierte Durga in meinem Kopf, *schließlich sind die Wunden immer noch nicht verheilt. Sollen wir einfach aufhören, darüber zu reden?* Nein!, schrie ich sie an. Aber dann heilt sie doch endlich. Heilt sie endlich!

Mithu Sanyal, *Antichristie*

1. Verweigerte Solidarität

Der Vorwurf wog schwer. Und er war prominent platziert. Im Februar 2020 nahm Thomas Assheuer die hitzig geführte Debatte um den Roman einer weißen US-amerikanischen Autorin zum Anlass, einige Überlegungen zum Verhältnis von Universalismus, Gerechtigkeit und Identitätspolitik anzustellen. In einem Beitrag für die *ZEIT* warnte er vor den Gefahren einer politischen Strategie, die Diskriminierungserfahrungen ins Zentrum rückt und partikularistisch argumentiert. Werde die Gruppenzugehörigkeit überhöht und der Begriff der Erfahrung mit einer besonderen Aura versehen, habe dies weitreichende Folgen – und das in kultureller wie auch in politischer Hinsicht.

Bestreite man etwa, dass sich eine weiße Schriftstellerin einen Zugang zur Erfahrungswelt mexikanischer Migrant:innen erarbeiten könne, kündige man nicht allein den Universalismus auf; man befördere überdies, so Assheuer, ein Denken in Gruppenzugehörigkeiten, das mit der modernen Ästhetik breche. Wer in Abrede stelle, dass sich Schriftsteller:innen wie Leser:innen in das Schicksal anderer hineinversetzen – also die Grenzen der eigenen Lebenswelt überwinden – können, der spreche nicht nur ein »Empathieverbot« aus; er erteile, schlimmer noch, jeder »Form sprachlicher Verständigung«¹ eine Absage.

Was sich schon für den Bereich der Kultur als verhängnisvoll erweise, entfalte seine zerstörerische Kraft zur Gänze erst in der Sphäre der Gesellschaft:

Die Gesellschaft, die diesen Vorstellungen entspricht, wäre eine Gesellschaft ohne Gesellschaftlichkeit, eine Ansammlung von isolierten Identitätsbesitzern, die in ihren *gated communities* und in spektakulärer Sprachlosigkeit aneinander vorbeilebten. [...]² Ein jeder wäre der Eingeborene einer Gefühlskultur, die in Erwartung ihrer jederzeitigen Kränkbarkeit eifersüchtig bewacht und unter Naturschutz gestellt wird.

Und Assheuer setzte hinzu: »Es ist nicht leicht, dieses Denken vom Essentialismus rechter Ideologen zu unterscheiden – von der Vorstellung, die Welt bestehe aus homogenen, von unüberwindlichen Mauern umgebenen ›Kulturkreisen‹.«³

Damit lagen einige der gewichtigsten Einwände auf dem Tisch, die gegen emanzipatorische Identitätspolitik vorgebracht werden können. Sie waren durchaus nicht neu – die Debatte wird im angloamerikanischen Raum bereits seit den 1980er Jahren geführt –, aber sie sind selten so energisch vorgetragen worden wie in diesem Fall. Assheuers zentraler Vorwurf lautete: In-

dem linke Identitätspolitik Diskriminierungen mit einem essentialistischen Erfahrungsbegriff kurzschließt, verabschiedet sie sich nicht nur von der Tradition der Aufklärung; die Einnahme einer partikularistischen Perspektive macht es ihr überdies unmöglich, solidarische Bündnisse zu schmieden, beraubt sie mithin der Politikfähigkeit. Kurz: Was im attraktiven Gewand einer fortschrittlichen politischen Praxis aufträte, erweise sich als rückwärtsgewandt. Und spiele jenen rechts-extremen Kräften in die Hände, die einen autoritären Politikstil pflegen und den Ethnopluralismus propagieren – also die Überzeugung vertreten, dass ethnische Gruppen einander notwendig fremd bleiben, in getrennten Welten leben.⁴

Assheuers Essay hat bis heute nicht an Brisanz verloren. Weder ist die Gefahr des Tribalismus gebannt, noch die Neigung, jene Gruppen, die Opfer diskriminierender Praktiken werden, mit einer besonderen Dignität auszustatten. Es kann also keine Rede davon sein, dass der Begriff der Erfahrung seither etwas von seinem Nimbus eingebüßt hätte. Er wird – in aktivistischen Kreisen, popkulturellen Szenen und akademischen Milieus – heute kaum weniger häufig bemüht. Noch immer ist es ein probates Mittel, sich in politischen Debatten auf »persönliche Erfahrungen« zu berufen, um sich gegen Nachfragen zu immunisieren.⁵

Wenig geändert hat sich auch die Konstellation, innerhalb derer die Debatte um Identitätspolitik ausgetragen wird. Sie besitzt noch immer scharfe Konturen: Hier treffen entschiedene Befürworter:innen auf nicht minder empörte Kritiker:innen. Auch wenn die Gruppe der Kritiker:innen deutlich heterogener ist – hier bilden Konservative, Liberale und orthodoxe Linke eine etwas kurios anmutende »große Koalition«⁶ –, ist das Gelände doch weitgehend kartiert. Die Argumente sind ausgetauscht, die Positionen bekannt. Selbstkritik wird allenthalben vermisst – insbesondere beim Gegenüber.

Wenn es in der Diskussion um Identitätspolitik doch einmal zu Bewegungen kommt, ist dies meist politischen Ereignissen geschuldet. So kam es etwa im Anschluss an die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA 2017 zu einer Debatte darüber, ob nicht die (unterstellte) identitätspolitische Agenda Hillary Clintons für deren Niederlage verantwortlich sei. Statt sich die materiellen Interessen weißer Arbeiter:innen zu eigen zu machen, habe sie die Anliegen von Minderheiten vertreten – und die »Mitte der Gesellschaft« aus den Augen verloren.⁷ Es sind also meist gesellschaftliche Verwerfungen, die dazu führen, dass die Debatte um Identitätspolitik erneut zur Aufführung gebracht wird. Dabei verschaffen sich die Stimmen derer, die sich um

differenzierte Einschätzung bemühen, eher selten Gehör. Dominiert wird die Arena von polemischen Zuspitzungen.

Eine Zäsur

Fraglos stellt auch der 7. Oktober 2023 einen solchen Einschnitt dar. Die Terrorattacken der Hamas hatten nicht nur geopolitische Verwerfungen zur Folge; sie beraubten überdies Jüdinnen und Juden weltweit der Gewissheit, in Israel einen sicheren Rückzugsort zu besitzen. Die Gewaltakte machten die Hoffnung ihrer Vorfahren zunichte, dass mit der Staatsgründung Israels die Geschichte antisemitischer Pogrome an ein Ende gekommen sei.⁸

Auch hierzulande sorgten die Massaker der Hamas für Entsetzen. Unter den jüdischen Stimmen, die sich dabei zu Wort meldeten, stach jene von Nele Pollatschek heraus. In einem Artikel, der am 31. Oktober 2023 in der *Süddeutschen Zeitung* erschien, nahm die Journalistin eine Selbstbefragung vor, die ins Herz der Debatte um linke Identitätspolitik führte. Nachdem sie einen Einblick in die traumatisierten jüdischen Communitys gewährte, kam sie auf das zu sprechen, was sie einen »kolossalen Fehler« nennt. Begangen hätten ihn

linke Jüdinnen und Juden. Pollatschek schickte voraus, was für eine Selbstverständlichkeit gehalten werden müsste: »Es ist nicht immer leicht, Gräueltaten zu verurteilen, weil die, die sie begehen, meist versuchen, sie zu verstecken. Aber es ist wirklich nicht schwer, Menschen zu verurteilen, die live in den sozialen Netzwerken übertragen, wie sie Zivilisten foltern und ermorden.«⁹

Der veritable Fehler bestand nun darin, diese Urteilsfähigkeit leichtfertig unterstellt zu haben. Und das insbesondere bei jenen, die sie bis zu diesem Zeitpunkt als Weggefährt:innen wahrgenommen hatte, als Mitstreiter:innen für eine an den Menschenrechten orientierte Politik. Genau diese Unterstellung erwies sich als falsch.

Als in der Nacht des 7. Oktober die Reaktionen einer politischen Szene, die um Solidaritätsbekundungen doch nie verlegen ist, zunächst ausblieben, interpretierte Pollatschek das als Indiz einer kritischen Selbstvergewisserung: »In den ersten Stunden, während die Hamas noch mordete, dachte ich, dass die Linke so schweigsam ist, weil sie ein ähnlich schreckliches Erwachen erlebt, wie es Juden überall auf der Welt gerade tun.«¹⁰ Wie falsch sie in der Einschätzung lag, wurde deutlich, als die ersten Solidaritätsadressen zirkulierten – sie galten der Hamas und trafen nun in hoher Tak-

tung aus den Metropolen des Globalen Nordens ein. Studierendenverbindungen aus Harvard verfassten eine Petition, in der sie die israelische Regierung für die Massaker verantwortlich machten; ein Professor der Universität Cornell zeigte sich hochofrend darüber, dass endlich das israelische »Gewaltmonopol« bekämpft werde.

Nachdem Pollatschek einige dieser menschenverachtenden Reaktionen aufgeführt hatte, fuhr sie fort: »Ich bin nicht wütend, ich bin nicht mal enttäuscht. Ich frage mich nur, wie wir so dumm sein konnten. Wie man denken konnte, es ginge der progressiven Linken um Menschenrechte, um universelle Werte.«¹¹

Die internationale Linke hätte jene Anteilnahme, die sie vielen Minderheiten bekundet, auch den Jüdinnen und Juden zuteilwerden lassen können; sie hätte ihrem Mitgefühl Ausdruck verleihen können. Und: »Sie hätte sich ein einziges Mal mit Israel solidarisieren können, um zu beweisen, dass sich ihre Israelkritik aus einer Verpflichtung für universelle Menschenrechte und nicht aus Antisemitismus speist.« Sie, die globale Linke, »hätte die israelische Linke auffangen können, trösten, gemeinsam hätte man Wege finden können, Palästinenser zu schützen, ohne Juden zu gefährden«.¹² Sie hätte sich für Einsätze internationaler Friedenstruppen aussprechen können. Nichts davon sei geschehen.